DKHW fordert grundlegende sozial- und bildungspolitische Reformen

geschrieben von Redakteur | Januar 2, 2021

Krüger will Regierungen am Maßstab der Kinderfreundlichkeit messen:

Das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW) fordert nachdrücklich sozial- und bildungspolitische Reformen für die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen. Die Corona-Pandemie habe eine Vielzahl kinderpolitischer Anliegen und Versäumnisse deutlich gemacht, erklärt der Präsident des DKHW Thomas Krüger. Grundlegende Reformen seien aber nicht zu erkennen. Ein einfaches ‚Weiter so' dürfe nicht geben.

Viele Kinder die Verliererinnen und Verlierer der Pandemie

Die mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen würden uns noch viele Monate beschäftigen. Gleichzeitig sind aus Sicht Krügers sehr viele Kinder die Verliererinnen und Verlierer der Pandemie. Das betrifft insbesondere arme Kinder. Ihre Eltern könnten die finanziellen und organisatorischen Belastungen der Pandemie gar nicht oder nur sehr schlecht

ausgleichen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem niedrigen Bildungsabschluss und geringem Lohnniveau könnten wesentlich seltener ins Homeoffice wechseln und so versuchen, ihre Kinder beim Distanzlernen zu unterstützen. Wenn dazu noch die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe geschlossen seien, das Schul- und Kitaessen wegfalle und gleichzeitig die Tafeln nur eingeschränkt arbeiten können, blieben viele Kinder sprichwörtlich auf der Strecke.

Kinderrechte in den Fokus

Aus Sicht des DKHW gehören deshalb insbesondere die Kinderrechte auf Bildung, soziale Sicherheit und Beteiligung in den Fokus der Überlegungen. Das gilt sowohl für Entscheidungen in der Corona-Pandemie als auch im Hinblick auf langfristige Weichenstellungen. „Wir werden uns die Wahlprogramme der Parteien im Superwahljahr 2021 auch diesbezüglich genau anschauen und sowohl die nächste Bundesregierung als auch die Landesregierungen am Maßstab der Kinderfreundlichkeit messen. Politik und Gesellschaft sollten sich mehr als bisher für die Belange und Bedürfnisse von Kindern einsetzen und so die Basis für eine gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands schaffen, die dem demografischen Wandel Rechnung trägt und die Rechte von Kindern konsequent in den Blick nimmt. Gerade deshalb drängt das Deutsche Kinderhilfswerk mit Vehemenz auf die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, damit beispielsweise Behörden und Gerichte den Interessen von Kindern in Zukunft hinreichend Gewicht verleihen“, so Krüger.

Damit kann Krüger dann schon bei seiner eigenen Partei ansetzen. Schließlich ist er seit über 30 Jahren Mitglied der SPD.

Quelle: Pressemitteilung DKHW